

Medienmitteilung

Covid-19: Entlastungen für die Volksschule

Solothurn, 10. Dezember 2020 – Die kantonsrätliche Bildungs- und Kulturkommission spricht sich für Entlastungen der Volksschule aus: Stellvertretungskosten von COVID-19-bedingten Ausfällen sollen vom Kanton mitfinanziert und externe Schulevaluationen verschoben werden.

Aufgrund der COVID-19-Pandemie fallen vermehrt Lehrpersonen in der Volksschule aus und es ist davon auszugehen, dass sich diese Situation in den nächsten Wochen mit der Grippezeit verschärfen wird. Diese Personalausfälle können nur durch Stellvertretungseinsätze aufgefangen werden, was einen zusätzlichen finanziellen Aufwand für die Einwohnergemeinden bedeutet. Ein fraktionsübergreifender dringlicher Auftrag verlangt, dass sich der Kanton an diesen Zusatzkosten finanziell beteiligt. Der Regierungsrat hat diesen Auftrag erheblich erklärt und auch in der Bildungs- und Kulturkommission war man der Meinung, dass die Schulträger einen Beitrag an diese ausserordentlichen Kosten erhalten sollen. Der Auftrag wurde einstimmig erheblich erklärt.

Sistierung der Schulevaluationen

Die Pandemie verursacht auch für die Schulleitungen einen grossen Aufwand, beispielsweise wenn es gilt, die Schutzmassnahmen an den Schulen umzusetzen und den Unterricht vor Ort aufrecht zu erhalten. Ein dringlich eingereichter Auftrag verlangt deshalb - als Entlastung - eine Sistierung der

externen und internen Schulevaluationen ab 1. Januar 2021. Der Regierungsrat stimmt diesen Anliegen teilweise zu: Er möchte jedoch nur die externen Schulevaluationen ab sofort sistieren - und zwar bis mindestens für das laufende Schuljahr aber längstens bis zur Normalisierung der besonderen Lage. Er betont, dass eine Sistierung auf keinen Fall als Wegfall der Schulaufsicht verstanden werden darf. Die Terminierung der internen Schulevaluationen obliegt hingegen weiterhin den kommunalen Behörden. Die Bildungs- und Kulturkommission hat sich mit dem Vorhaben des Regierungsrats zwar einverstanden erklärt, hat den Antrag jedoch ergänzt. Die Mitglieder der Kommission waren grossmehrheitlich der Ansicht, dass die Schulträger bei Bedarf laufende externe Schulevaluationen zu Ende führen können. Der Auftrag wurde anschliessend einstimmig erhebtlich erklärt.